



BERLIN AKTUELL

Ausgabe 170
23. März 2018

EINWURF

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

nachdem wir in der vergangenen Woche Angela Merkel erneut in das Amt der Bundeskanzlerin gewählt haben, gab sie in dieser Sitzungswoche ihre erste Regierungserklärung in der aktuellen Legislaturperiode ab. Traditionell stellen in dieser sowie in der anschließenden Generalaussprache die Kanzlerin und die Bundesminister ihre Arbeitsschwerpunkte für die Legislatur vor. Einen Bericht hierzu finden Sie auf Seite 3.

Im Rahmen der Generalaussprache sprach ich am Donnerstag für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion über die Schwerpunkte der kommenden 3 1/2 Jahre in der Verkehrspolitik. Meine Rede finden Sie im Wortlaut auf dieser Seite. Sie können sich unter [diesem Link](#) aber auch das Video meiner Rede ansehen.

Da dies die letzte Ausgabe von *Berlin Aktuell* vor Ostern ist, wünsche ich Ihnen und Ihrer Familie bereits heute ein gesegnetes und frohes Osterfest.

Herzliche Grüße
Ihr Patrick Schnieder

BERLIN I

Rede zur Verkehrspolitik in der 19. Legislaturperiode

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Koalitionsvertrag, den die Unionsfraktion und die SPD aufgelegt haben, formuliert das Leitbild einer sauberen und bezahlbaren Mobilität. Ich bin sehr froh und dankbar, dass sich Bundesminister Scheuer dieses Leitbild zu eigen gemacht hat und hier aufgezeigt hat, wie er in den nächsten Jahren eine moderne, eine bezahlbare und vor allem eine saubere Mobilität in Deutschland stärken möchte.

Wir brauchen diesen Ansatz, weil Mobilität Freiheit bedeutet, weil Mobilität Wachstum bedeutet, weil Mobilität Wohlstand bedeutet. Deshalb ist es richtig, dass wir den Investitionshochlauf, den wir in den letzten vier Jahren begonnen haben, fortsetzen, dass wir ihn verstetigen, dass wir in die Infrastruktur investieren.

Ich bin sehr dankbar, dass der Kollege Luksic (FDP), den ich noch aus der vorletzten Legislaturperiode kenne und schätze, gerne mitwirken möchte. Da Sie davon sprechen, warum in Bayern so viel investiert worden ist, muss man die Frage stellen, warum ein rheinland-pfälzischer liberaler Verkehrsminister, der verehrte Kollege Wissing, in den letzten zwei Jahren 74 Millionen Euro an den Bund zurücküberwiesen hat. [...]

Diese Frage muss man beantworten. Diese Frage ist ganz einfach zu beantworten: Sie sind nicht in der Lage, Bau-

recht zu schaffen. Wenn eine Verwaltung wie die Bayerische Straßenbauverwaltung es schafft, die Schublade aufzumachen und die Mittel zu verbauen, Sie das als Liberale aber nicht hinbekommen, dann spricht das Bände, und zwar nicht über die Verkehrspolitik in Bayern, sondern über die Verkehrspolitik der Liberalen in Rheinland-Pfalz.

Herr Kollege Luksic, da haben Sie Ihren Finger in die Wunde gelegt, und zwar nicht nur in der eigenen Partei, sondern im Gesamtgefüge. Wir haben in der Tat ein hohes Niveau an Investitionen. Wir sehen das Problem, dass immer mehr Bundesländer nicht in der Lage sind, das Geld für die Straße auch wirklich zu verbauen. [...]

Also, was bleibt zu tun? Wir müssen in der Tat dahin kommen, dass bei den Bau-rechten geliefert wird. Man darf Perso-



nal nicht abbauen, wie das dort passiert ist, sondern muss Planungskapazitäten schaffen. Wo wir das als Bund machen können, nehmen wir das demnächst selbst in die Hand. Dann werden auch solche politischen Friktionen, die wir immer wieder zu beobachten haben, dass nämlich politische Mehrheiten in den Ländern Projekte verzögern, die wir im Bund beschließen, der Vergangenheit angehören.

Die Infrastrukturgesellschaft wird kommen, und sie muss auch kommen. Sie muss dazu führen, dass zwischen dem Beschluss für ein Projekt und der Umsetzung weniger Zeit vergeht. Deshalb ist es richtig, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, in die Planungsbeschleunigung, in die Planungsvereinfachung einsteigen, sonst werden wir in Deutschland nicht zukunftsfähig sein. Das ist

in meinen Augen die größte Baustelle, die wir im Bereich der Verkehrspolitik haben.

Ich will aber auch noch etwas zum Kollegen Krischer (Bündnis 90/Die Grünen) sagen. Er hat hier viel über Emissionen und Luftreinhaltung gesprochen. Sehen Sie, wenn ich mir in meinem Wahlkreis das wichtigste Projekt der rheinland-pfälzischen Verkehrspolitik anschau, nämlich den Lückenschluss der A 1, und die Haltung der Grünen dazu, die das seit Jahrzehnten verzögern und verhindern wollen, die schon vor 20 Jahren wussten, dass sie dagegen klagen werden, obwohl sie den Trassenverlauf noch gar nicht kannten, dann frage ich Sie: Was sagen Sie den Menschen in den Städten und Gemeinden, durch die Sie den gesamten Verkehr jagen, auch den Schwerverkehr? Sind die

Emissionen dort andere als in der Stadt, wo Sie blaue Plaketten verteilen wollen, wo Sie Fahrverbote erteilen wollen?

Wir erwarten von Ihnen keine doppelböckige Politik, sondern ehrliche Politik, eine Politik, die letztlich den Menschen dient.

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, der Koalitionsvertrag ist eine hervorragende Grundlage, um die Herausforderungen, vor denen wir in Deutschland im Bereich der Verkehrspolitik, aber auch im Bereich des Breitbandausbaus stehen, anzupacken. Wir werden Ihnen, Herr Minister Scheuer, zur Seite stehen. Wir werden Sie gerne unterstützen bei Ihrem Vorhaben, diese Politik modern zu gestalten und die Herausforderungen der Zukunft anzugehen.

Vielen Dank.

BERLIN II

Wissing lässt Millionen für Radwege liegen

Im vergangenen Monat musste Verkehrsminister Volker Wissing einräumen, in zwei Jahren Amtszeit insgesamt 74,6 Mio. Euro an Mitteln für den Bau von Bundesfernstraßen in Rheinland-Pfalz liegengelassen zu haben.

Nun bestätigt das Bundesverkehrsministerium, dass die rheinland-pfälzische Landesregierung auch Mittel für den Bau von Radwegen nicht abrufen konnte. Als Teil der Mittel für Bundesstraßen wurden Wissing für den Bau von Radwegen seit 2016 insgesamt 18,8 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Von den 18,8 Mio. Euro musste Wissing 11,8 Mio. Euro an den Bund zurückgeben. Mit diesen Mitteln hätten rund 60 Kilometer zusätzliche Radwege in Rheinland-Pfalz gebaut werden können. Seit Amtsantritt des Verkehrsministers im Jahr 2016 hat kein Bundesland auf mehr Mittel für den Radwegebau verzichten müssen als Rheinland-Pfalz. Die 11,8 Mio. Euro, die die Landesregierung nicht verbauen konnte, flossen stattdessen nach Sachsen und nach Niedersachsen.

Konfrontiert man Wissing mit Kritik, wirft er mit Statistiken und Prozentwerten um sich. Fakt ist: Hohe Zuwachsraten sind weniger ein Ergebnis guter Politik, sondern vielmehr Anzeichen des immensen Nachholbedarfs. Die

Landesregierung versucht mühsam, auf den Stand der anderen Bundesländer zu kommen. Relevant sind jedoch nur die absoluten Zahlen, und dort sehen wir: Andere gewinnen dazu, Rheinland-Pfalz lässt Millionen liegen, das ist mit keiner Statistik schönzureden.

Auf weitere Nachfragen erwidert Wissing, dass die Bundesregierung es begrüße, wenn Länder mehr Projekte anmelden, als sie fertigstellen können.

Die Bundesregierung ist aber nicht daran interessiert, dass die Länder Mittel möglichst ehrgeizig anmelden, sondern ausgeben. Wenn nun ein Land weniger erhält, als ihm vom Bund eigentlich zugewiesen wurde, ist das kein Erfolg, sondern eine krachende Niederlage. Zudem haben wir Herrn Wissing ebenso wie seinem Vorgänger frühzeitig vorgeschlagen, den Personalbestand des Landesbetriebs Mobilität zu erhöhen und das Personal besser zu bezahlen. Die Mittel für die rheinland-pfälzischen Bundesfernstraßen konnten wir im Bund für die nächsten zwölf Jahre um 52 Prozent (von 2,5 auf 3,8 Mrd. Euro) erhöhen. Und wie reagiert Wissing? Erhöht er die Personalausgaben um 52 Prozent? Nein. Erhöht wurden die Personalmittel des LBM um gerade einmal 2,1 (!) Prozent, nachzulesen

im rheinland-pfälzischen Haushalt. Trendwenden sehen anders aus. Vor dem Hintergrund, dass sich die bereits heute angespannte Personalsituation beim LBM ab dem Jahr 2020 aufgrund von altersbedingten Abgängen weiter verschärfen wird, ist diese Politik grob fahrlässig.

Könnte sich Herr Wissing, in der rheinland-pfälzischen Ampel gegenüber SPD und Grünen durchsetzen und dafür sorgen, dass die Mitarbeiter des Landesbetriebs Mobilität besser bezahlt werden, dann gäbe es die Personalnot nicht. Er sollte seine Energie darauf verwenden, diesen Missstand zu beheben, anstatt Ausreden über Ausreden zu suchen, warum die Tatsache, dass 74 Mio., die Rheinland-Pfalz rechtlich zustehen, nun nicht verbaut werden können, eigentlich ja gar nicht so tragisch sei.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Patrick Schnieder MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/227 71881
Fax: 030/227 76240

[E-Mail](#) • [Webseite](#)
[Facebook](#) • [Twitter](#) • [Youtube](#)

BERLIN III

Bundesregierung stellt Arbeitsschwerpunkte vor

In dieser Woche hat Angela Merkel ihre erste Regierungserklärung seit Zustandekommen der Koalition abgegeben. Ihre Rede sowie die anschließende Generalausprache war von Seiten der Bundeskanzlerin und der Unionsfraktion von einer ehrlichen Analyse der aktuellen Probleme geprägt. Das Wahlergebnis hat gezeigt, dass die Gesellschaft in einer Vielzahl von Fragen polarisiert ist. Die übergeordnete Zielsetzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der neuen Regierung lautet daher für diese Legislatur, den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stärken. Einen Überblick über die aus meiner und regionaler Sicht bedeutsamen Maßnahmen erhalten Sie im Folgenden:

Ländliche Räume: Die Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen zwischen Stadt und Land ist eines der übergeordneten Ziele in dieser Legislatur und eine klassische Querschnittsaufgabe in der Politik. Daher wird zunächst eine Kommission im Bundesinnenministerium eingerichtet, die die Initiativen aus allen betroffenen Ressort bündelt und anschließend mit den Ländern und Kommunen konkrete Initiativen entwickelt, die die Menschen in den ländlichen Regionen unterstützen. Mit dem Koalitionsvertrag haben wir bereits die ersten (finanziellen) Voraussetzungen hierfür geschaffen. Beispielsweise werden wir das Ehrenamt finanziell und von bürokratischen Hindernissen entlasten. Denn klar ist, gerade die vielen bürgerschaftlichen Initiativen machen das Leben auf dem Land besonders und attraktiv.

Verkehr: Im Bereich der Verkehrspolitik werden wir die gute Arbeit der vergangenen Jahre fortsetzen. Denn niemals zuvor standen mehr Mittel für deutsche Straßen, Schienen, Brücken, Wasserstraßen und Breitbandnetze bereit. Doch nicht alle Mittel konnten von den Landesregierungen abgerufen werden. Damit das Geld vom Konto auf die Straße und die Schiene und somit zu den Bürgern kommt, werden wir die Planungsverfahren beschleunigen und das

Baurecht vereinfachen. So wird es möglich sein, Projekte wie den A1-Lückenschluss zügiger voranzutreiben. Die verbesserte Anbindung des ländlichen Raumes, der Schutz der Dieselfahrer vor kalter Enteignung und die Stärkung des Lärmschutzes an Verkehrswegen werden weitere Schwerpunkte unserer Arbeit sein.

Gesundheit: In der Gesundheitspolitik sehen wir uns derzeit mit dem Grundproblem konfrontiert, dass es einerseits Regionen mit Versorgungsengpässen gibt und andererseits in Städten teilweise Überversorgung besteht. Hier werden wir gezielt für gesetzlich Versicherte nachsteuern. Sei es durch Terminservicestellen, Mindestsprechstun-



Mit Klick auf das Foto können Sie sich die Rede der Bundeskanzlerin anhören.

denangebote, Zuschläge für Landärzte in unterversorgten Regionen oder durch Landarztquoten bei der Vergabe von Medizinstudienplätzen. Der zweite große Schwerpunkt wird die Verbesserung der Bedingungen in der Pflege darstellen. Hierzu gehört die höhere, insbesondere auch finanzielle, Anerkennung für die Pflegenden, seien es Angehörige oder Pflegefachkräfte. Wir werden hierfür die Einkommensgrenzen für pflegende Angehörige erhöhen, die Bezahlung in der Alten- und Krankenpflege gemeinsam mit den Tarifpartnern stärken und eine Ausbildungsvergütung in den Pflegeberufen einführen.

Verteidigung: Der aktuelle Bericht des Wehrbeauftragten verdeutlicht, dass die Bundeswehr eine modernere und bessere Ausstattung benötigt. Dies gilt sowohl in finanzieller, als auch in tech-

nischer und personeller Hinsicht. Die Bundeswehr war, nach dem Ende des kalten Krieges, über 25 Jahre einem Schrumpfungsprozess ausgesetzt. Die extreme Verschlechterung der weltweiten Sicherheitslage sowie die geänderten Anforderungen an Deutschlands Führungsrolle machen eine Veränderung dieser Politik erforderlich. Bereits in der vergangenen Legislatur haben wir eine Trendwende vorgenommen, die wir nun fortführen werden. So werden wir den Verteidigungsetat parallel mit den Ausgaben für Entwicklungshilfe erhöhen und uns so schrittweise dem 2% Ziel der NATO annähern.

Migration: Im Bereich der Migrationspolitik brauchen wir zunächst auf europäischer Ebene einen Strukturwandel. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die derzeitigen Systeme angesichts der enorm großen Migrationszahlen nicht praktikabel sind. Das bedeutet, wir müssen die europäischen Außengrenzen stärker schützen und zweitens ein gemeinsames europäisches Asylsystem entwickeln. Für Erstgenanntes und um die Binnengrenzen auch in Zukunft offen halten zu können, ist die Errichtung einer echten europäischen Grenzschutzpolizei unumgänglich.

Dies werden die Bundeskanzlerin und der Innenminister auf europäischer Ebene voranbringen. Über ein gemeinsames europäisches Asylsystem soll bereits im Juni dieses Jahres abgestimmt werden. Auf nationaler Ebene ist dringend geboten die Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber zu beschleunigen. Um denjenigen, die sich legal in Deutschland aufhalten effektiver helfen zu können und um ein Abtauchen abgelehnter Asylbewerber in illegale Strukturen zu verhindern. Hierfür werden wir an der deutschen Grenze Zentren einrichten, in denen die Asylbewerber solange bleiben bis über ihren Antrag entschieden wurde.

Weitere Informationen Regierungserklärung erhalten Sie auch in meinem aktuellen [Podcast](#).